

BERLINER STADTBLATT

STEGLITZ-ZEHLENDORF

RECHTSSTAAT
VERTEIDIGEN!

Plädoyer eines
Ex-Richters am Straf-
gerichtshof Den Haag

SEITE 8

WISSENSWERTES AUS BERLIN UND DEM BEZIRK STEGLITZ-ZEHLENDORF · AUSGABE MAI 2019

EIN SOZIALES EUROPA –
FÜR ALLE



Foto: Carolin Weinkopf

Liebe Leserinnen
und Leser!

„Europa. Jetzt aber richtig!“ Unter diesem Motto sind wir gemeinsam mit den Gewerkschaften am 1. Mai auf die Straße gegangen. Und ja, es wird Zeit, dass wir für unser Europa einstehen. Für ein Europa, das verbindet statt trennt, das schützt statt ausbeutet, das Chancen bietet statt Hindernisse aufzubauen. Dieses soziale, solidarische und gerechte Europa zu verteidigen und zu stärken ist unsere Aufgabe.

Europa muss ein Garant für gute ArbeitnehmerInnen-Rechte sein. Jeder muss in Europa von seiner Arbeit leben können, egal ob jung oder alt, egal ob er in Polen lebt oder in Deutschland. Deswegen stehen wir Seit’ an Seit’ mit den Gewerkschaften, die sich dafür einsetzen, dass das Prinzip „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit am gleichen Ort“ europaweit für alle Branchen umgesetzt wird. Grenzüberschreitendes Lohn- und Sozialdumping muss geahndet und bestraft werden und Mitbestimmung muss als ein soziales Grundrecht in Europa gestärkt werden.

Für uns ist klar: Menschen stehen vor Märkten. Deswegen: Am 26. Mai bei der Europawahl SPD wählen!

Ihr
Michael Müller
Regierender Bürgermeister



Botanischer Garten in Steglitz-Zehlendorf: Das lange geschlossene Viktoriahaus wurde mit Mitteln der EU saniert und wiedereröffnet.

Foto: pixabay

Europa in Steglitz-Zehlendorf

Sozialer Ausgleich, Investitionen in die Zukunft und Bewegungsfreiheit

Die Europäische Union prägt auch unseren Bezirk. Nicht nur mit den großen Themen zur Zukunft Europas, sondern ganz konkret auch damit, was vor Ort passiert.

Fast 30.000 Menschen aus Ländern der Europäischen Union leben in unserem Bezirk. Die vielfältige Wissenschaftslandschaft, vor allem die Freie Universität, macht den Südwesten Berlins attraktiv für den Zuzug gerade aus den anderen Ländern Europas. Schon in diesem Sinne profitieren viele, die hier wohnen und leben, von der Europäischen Union. Ein Umzug nach Steglitz-Zehlendorf ist unkompliziert. Es gibt einfache Regelungen für Renten- und Krankenversicherungen und das Reisen zwischen den Mitgliedstaaten ist leicht. Das heißt dann allerdings auch: Wer diese Freizügigkeit in Frage stellt,

verkompliziert das Leben für viele Menschen in unserem Bezirk unnötig.

Doch auch andere Fragen sind von entscheidender Bedeutung: Die Europäische Union macht unser Zusammenleben schon heute ein Stück sozialer. Zum Beispiel mit der „Jobbrücke Inklusion“. Das ist ein berlinweites Projekt, das, getragen durch das Engagement zahlreicher ehrenamtlich aktiver Menschen, einen Beitrag zur Teilhabe behinderter Menschen am Arbeitsleben leistet. Gefördert wird es von der Europäischen Union.

Positiv sind auch die Investitionen aus Europa in unseren Bezirk. So investiert die EU zum Beispiel am Botanischen Garten. Hier wurde das Viktoriahaus mit Mitteln des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) saniert. Das lange geschlossene Gewächshaus konnte so wiedereröffnet werden.

Was für eine Europäische Union ist also für unseren Bezirk richtig? Es muss eine sein, die für einen sozialen Ausgleich sorgt, in die Zukunft investiert und die Bewegungsfreiheit der Menschen aus der Europäischen Union sicherstellt. Für Steglitz-Zehlendorf können wir sagen, dass sich die offenen Grenzen innerhalb der EU bewährt haben. Sie machen das Leben bei uns für viele einfacher. Hinzu kommt: Beim Umgang mit den zu uns geflüchteten Menschen hat das großartige ehrenamtliche Engagement gezeigt, dass wir hier einen Beitrag für soziale Gerechtigkeit leisten wollen. Wer nicht will, dass Griechenland und Italien mit diesen Fragen allein gelassen werden, muss durch seine Wahlentscheidung sicherstellen, dass auch wir unseren Beitrag leisten können.

Europaweit brauchen wir Projekte zur Bekämpfung der Arbeits-

losigkeit, insbesondere bei Jugendlichen. Die EU darf daher ihre Förderung durch den Sozialfonds nicht einstellen, weil sonst die Ungleichheit zwischen den Menschen in Europa größer würde. Am Ende geht es auch hier um konkrete Projekte vor Ort. Deshalb müssen wir sicherstellen, dass solche Initiativen bei uns in Steglitz-Zehlendorf, aber auch woanders in Europa, weiter finanziert werden.

Wenn jetzt ein neues Europäisches Parlament gewählt wird, dann sollten wir aus Steglitz-Zehlendorf nicht nur darauf achten, dass es dort eine klare Mehrheit für Europa gibt. Wir müssen auch dafür stimmen, dass Europa sozialer und gerechter wird und dass die Konflikte und Ungleichheiten innerhalb der Europäischen Union nicht verstärkt werden.

Ruppert Stüwe

Europa jenseits von Oder und Neiße

Steglitz-Zehlendorfs Partnerstädte im Osten Polens

Man nennt die Region auch die „Polnische Toskana“. Wer einmal in Kazimierz Dolny gewesen ist, der weiß warum. Die wunderschön erhaltene Kleinstadt voller Renaissancearchitektur, in maleischer Umgebung an der Weichsel gelegen, war im späten Mittelalter eine reiche Handelsstadt.

Heute ist sie eine beliebte und bekannte Künstlerkolonie. Seit 25 Jahren verbindet eine Städtepartnerschaft Steglitz-Zehlendorf mit Kazimierz Dolny. 1993 wurde die Partnerschaft auf Initiative der Deutsch-Polnischen Gesellschaft begründet. Nicht nur mit Kazimierz Dolny, sondern noch mit zwei wei-

teren Städten in der Umgebung: dem in ganz Polen bekannten Kurort Nałęczów und der Stadt Ponia-towa.

Letztere hat zwar keine besonderen touristischen Highlights vorzuweisen, aber eine schöne Lage mitten im Wald - und vor allem eine große renommierte Musikschule, deren Ensembles schon überall auf der Welt gastiert haben, natürlich auch in Steglitz-Zehlendorf.

Ein Besuch in unseren Partnerstädten lohnt sich. Denn er ist auch eine Einladung, das Europa jenseits von Oder und Neiße selbst kennenzulernen.

Michael Karnetzki



Renaissance-Bürgerhaus am Marktplatz von Kazimierz Dolny.

Foto: Michael Karnetzki

Griechenland in Steglitz

Hellenische Gemeinde und Völkerverständigung

„Der Verein bemüht sich um die Entwicklung freundschaftlicher Beziehungen zwischen Griechen, Deutschen und Mitbürgern anderer Nationalitäten. Seine Existenz und Aktivitäten beruhen auf den Grundwerten der Demokratie, der Völkerverständigung und des Friedens.“ So die Satzung des Vereins „Hellenische Gemeinde zu Berlin“ in der Mittelstraße 33 in Steglitz.

Der Verein organisiert Tagungen, kulturelle Veranstaltungen und Fortbildungskurse, fördert die kulturelle Identität der „Berliner Griechen“ und kümmert sich um ihre Probleme.

Das alles geschieht in enger Zusammenarbeit mit anderen Institutionen, darunter auch mit der SPD Steglitz-Zehlendorf. So hat die SPD dort schon oft öffentliche Debatten veranstaltet, kürzlich mit der SPD-Europa-Kandidatin Gaby Bischof, und die Hellenische Gemeinde hat unsere Registrierungskampagne zur EU-Wahl tatkräftig unterstützt.

Ein Besuch des Vereinsgebäudes ist eine gute Gelegenheit, ein Stück Europa in Steglitz zu erleben. Wer im Sommer im schönen Garten ein leckeres griechisches Gericht genießt, fühlt sich ohnehin schon fast wie in Griechenland.

Brunero Cappella

KURZ NOTIERT

KINDERFESTE FÜR ALLE

Wenn die SPD zu ihren traditionellen Kinderfesten einlädt, kommen nicht nur die Kinder auf ihre Kosten. Auch die Erwachsenen haben stets viel Spaß. Und Zeit für nachbarschaftlichen Austausch, wenn die Kleinen sich auf der Hüpfburg oder bei lustigen Spielen vergnügen: wieder am **15. Mai, 16 Uhr, Flanaganstraße 4** und am **16. Mai, 16 Uhr am Colmarer Weg**.

FLAGGE ZEIGEN

Wer nicht nur die Faust in der Tasche ballen will, kann aktiv werden: Für alle, die an der großen Demo „Ein Europa für alle – Deine Stimme gegen Nationalismus“ am **19. Mai** teilnehmen wollen, hat die SPD Steglitz-Zehlendorf eine gemeinsame Anfahrt organisiert: der Treffpunkt ist am **19. Mai um 11.15 Uhr** zur Abfahrt 11.21 Uhr auf dem **S-Bahnhof Steglitz**.

KONTAKTE MIT KUCHEN

Über das Kiezleben reden, Kontakte knüpfen, Informationen austauschen: Was sonst oft leider nur „zwischen Tür und Angel“ passiert, soll am „Tag der Nachbarn“ im Mittelpunkt stehen. Deshalb lädt die SPD Steglitz-Zehlendorf am **24. Mai** zum **Nachbarschaftstreffen** ein: ab 16.00 Uhr zu Kaffee, Kuchen und anregenden Gesprächen ins **SPD-Kreisbüro, Thaliaweg 15**.

FRIEDENSPOLITIK

Ohne Frieden ist alles nichts. Diesen Satz von Willy Brandt kennen viele. Angesichts besorgniserregender Entwicklungen weltweit interessieren sich jetzt immer mehr Menschen dafür, was politisch getan werden muss und kann, um Frieden zu sichern und Kriege zu verhindern.

Ute Finckh-Krämer ist eine ausgewiesene Friedenspolitikerin und beschäftigt sich seit langem erfolgreich mit diesem Thema. Am **23. Mai um 19.30 Uhr** sind alle Interessierten eingeladen, mit der ehemaligen SPD-Bundestagsabgeordneten über „Die EU als europäische Friedenssicherung“ zu diskutieren. Im „Golden Goal“, dem Clubhaus von Hertha 03, **Onkel-Tom-Straße 52-54**.

Rechtspopulismus bei der Europawahl

Warum es lohnt, für ein progressives Europa und gegen Rechts zu kämpfen

In zahlreichen Ländern der Europäischen Union gab es in den letzten Jahren einen Rechtsruck. Rechtspopulistische Parteien haben sich gegründet, zogen in die Parlamente ein oder konnten ihren Stimmenanteil verbessern. Diese Erfolge sind gefährlich für Europa.

Der Begriff des Rechtspopulismus hat sich für diejenigen Parteien durchgesetzt, die den Raum zwischen Rechtsextremismus und Rechtskonservatismus beanspruchen. Sämtlichen rechten Strömungen sind die Ideologien der Ungleichwertigkeit zwischen Menschen gemeinsam, die anhand von Herkunft, Geschlecht, sexueller Orientierung, Aussehen, Status, Glauben etc. in Gruppierungen eingeteilt und auf- oder abgewertet werden.

Dass dies auch auf europäischer Ebene gefährlich ist, liegt auf der Hand. Zur Zeit sagen die Umfragen voraus, dass sowohl die ENF-Fraktion (Europa der Nationen und der Freiheit), in der sich zum Beispiel die Lega Nord des italienischen Innenministers Matteo Salvini und der französische Front National von Marine Le Pen organisieren, als auch die EFDD-Fraktion (Europa der Freiheit und der direkten Demokratie), zu der die AfD sich zählt, Zugewinne verbuchen werden. Dagegen lohnt es, in den nächsten Wochen zu kämpfen!



Stoppt das Sterben im Mittelmeer! Stimmt für ein linkes Europaparlament!

Foto: pixabay

Verbuchen rechtspopulistische und rechtsextreme Parteien Stimmenzuwächse, könnten sie als stärkste Fraktion die EU-Gesetzgebung blockieren, auch wenn die rechte Allianz keine absolute Mehrheit hat. Und auch als zweitstärkste Kraft im Europaparlament wäre ihre Gefährlichkeit nicht zu unterschätzen. Denn in diesem Fall stünden den rechten Parteien längere Redezeiten und auch mehr finanzielle Mittel zu.

Mehr und größere rechte Parteien im Europäischen Parlament bedeu-

ten aber auch, dass es noch schwieriger sein wird, eine progressive Politik durchzusetzen. Dabei gibt es auf sehr vielen Ebenen dringenden Handlungsbedarf. Insbesondere muss das Sterben im Mittelmeer endlich beendet werden. Seit 1997 liegt die Kompetenz für Asyl- und Flüchtlingsfragen bei der EU. Statt ein menschenwürdiges Asylverfahren und legale Fluchtwege zu ermöglichen, setzt die EU auf Abschottung und Kriminalisierung der Seenotrettung. Dies muss endlich

ein Ende haben. Seenotrettung ist kein Verbrechen!

Bei der Europawahl am 26. Mai wird entschieden, in welche Richtung Europa gehen wird und ob die europaskeptischen und menschenfeindlichen rechten Parteien tatsächlich Zugewinne verbuchen werden.

Dagegen lohnt es, mit jeder Stimme zu kämpfen, damit die EU sozialer, menschlicher und progressiver wird!

Franziska Drohsel

Vielfalt erfahren

„Erasmus“ bietet mehr als Bildung

„Wenn ich nochmals mit dem Aufbau Europas beginnen könnte, würde ich mit der Kultur beginnen“, so Jean Monnet.

Manchem erscheint Europa als reine Wirtschaftsunion, als freier Markt für Waren und Arbeitskraft. Europa aber wurde von Menschen geschaffen, die darin mehr sahen als einen Supermarkt. Weil es trotz der Vielfalt der Sprachen und Traditionen zwischen Portugal und Finnland, zwischen Griechenland und Irland in Grundwerten wie den Menschenrechten, der Freiheit und der Bildung eine Einheit gibt.

Seit über dreißig Jahren fördert

deshalb die EU den Kontakt junger Menschen: durch Universitätsstipendien und durch Programme für Azubis. Einen gemeinsamen europäischen Bildungsraum anzustreben dient auch dem Ziel, deutlich zu machen, dass die Vielfalt der regionalen Kulturen und Sitten der wahre Reichtum Europas ist. Die „Erasmus-Programme“ sind daher mehr als ein Bildungsangebot: Sie ermöglichen jungen Auszubildenden, Studierenden und Berufstätigen, voneinander zu lernen und so europäische Vielfalt ganz praktisch zu erfahren.

Christoph Ehmann

Friedensmacht Europa?

Frieden im Innern und nach außen gehören zusammen

Zwischen den EU-Staaten ist es selbstverständlich, dass Konflikte politisch und nicht mit Waffengewalt ausgetragen werden. Daher liegt die Forderung nahe, dass die EU auch in ihrer Politik gegenüber Drittstaaten friedensfördernd handelt und für Abrüstung und Rüstungskontrolle eintritt.

Das 2015 mit dem Iran ausgehandelte Nuklearabkommen, das von der EU unterstützt wurde und wird, ist ein gutes Beispiel. Zivile EU-Missionen in Konfliktstaaten wie Kosovo oder Georgien reduzieren das Risiko erneuter Gewaltanwendung. Konflikte können allerdings

auch durch Rüstungsexporte oder unfaire Handelsabkommen angeheizt werden.

Daher ist es wichtig, dass die Rüstungsexportregelungen der EU konsequent angewandt werden und ihre Einhaltung vom Europäischen Parlament kontrolliert wird. Bei Handelsabkommen muss darauf geachtet werden, dass sie Konflikte in den Partnerländern nicht verschärfen. Durch ein gemeinsames Engagement der EU-Staaten für Frieden und Abrüstung kann ein neues Wettrüsten in Europa verhindert werden. Das nützt uns allen.

Ute Finckh-Krämer

Verteidigt den Rechtsstaat in Europa!

Ohne unabhängige Justiz ist Demokratie nicht denkbar

„Mit der Justiz will ich nichts zu tun haben“ lautet ein gängiger Spruch. Aber wenn es ernst wird, geht es „bis nach Karlsruhe!“. Leider ist die Bedeutung der Justiz für unser Gemeinwesen vielen nicht bewusst. Das ist durchaus verständlich, weil der Rechtsstaat bei uns in Deutschland funktioniert. Nur ist das nicht überall so. Leider ist der Rechtsstaat vielerorts besorgniserregend in Gefahr.

In Polen lässt sich gut nachvollziehen, wie die Justiz unter Beschuss kommt, geschwächt wird und die Demokratie so Schaden nimmt. Denn die PiS regiert in Polen nach dem Motto: „Wir haben die Mehrheit und stehen über Ver-



Justizstaatssekretär a. D. Christoph Flügge: Engagement für den Rechtsstaat in Europa.

Foto: privat

fassung und Gesetz. Das gibt uns das Recht, die Justiz nach unseren Vorstellungen umzuformen und unter Kontrolle zu bringen.“

Demokratie ist ohne unabhängige Justiz nicht denkbar. Die Herrschaft auch einer aus demokratischen Wahlen hervorgegangenen Mehrheit bedarf der Begrenzung durch das Recht und die Institutionen des Rechts. Nur das Recht und eine unabhängige Justiz können diejenigen schützen, die nicht zur Mehrheit gehören. Anderenfalls droht Willkür. Das ist das Wesen einer demokratischen Ordnung, bei uns unabänderbar festgeschrieben im Grundgesetz.

Wir müssen rechtsstaatliche

Grundsätze verteidigen, gemeinsam mit den anderen demokratischen Kräften in der EU. Und wir müssen die Verantwortlichen der europäischen Institutionen dabei unterstützen, diese rechtsstaatliche Ordnung dort wiederherzustellen, wo sie eingeschränkt wurde. Dies gilt außer für Polen auch für Rumänien, Ungarn und Tschechien, aber auch für die alten westlichen Demokratien wie Italien und Österreich.

Bei den Europawahlen können wir dafür sorgen, dass die anti-europäischen Rechtsstaatsverächter keine Mehrheit bekommen. Also: Geht wählen!

Christoph Flügge